Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommun. Genossenschafter / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16–18 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Freitag den 15. März 1929 — Nummer 63

Massenausplünderung durch Hilferding-Etat

Hilferding für Besitzentlastung zum Zwecke der Kapitalsneubildung / Das Defizit soll durch Massensteuern gedeckt werden

Die Rechtsparteien klatschen Beifall

Berlin, 15. März. (Eigener Bericht.)

In der Donnerstag-Sitzung des Reichstags stand der Etat Hilferdings, der Etat, der unter sozialdemokratischer Führung stehenden Koalitionsregierung, zur Debatte. An der Stelle, an der im vergangenen Jahr der Finanzminister des Bürgerblocks, Dr. Curtius, stand und seine Etatrede im Zeichen der „Sparsamkeit" hielt, steht diesmal der Sozialdemokrat Hilferding. Was liegt näher, als einen Vergleich zwischen damals und heute zu ziehen?

Die Sozialdemokratie stand zum Etat des Bürgerblocks in „schärfster Opposition". Ihr damaliger Redner Severing wandte sich in seiner Rede gegen Dr. Curtius, vor allem gegen die Massensteuern des Bürgerblocks, gegen den Bau des Panzerkreuzers A, und wetterte sogar drauflos, weil der Bürgerblock seinen Etat erst im Januar vorlegte. Wenn man daher jetzt den Vergleich zieht zwischen dem Etat des Bürgerblocks und dem Etat des Sozialdemokraten Hilferding, so kann man feststellen, daß der Kurs auf Stärkung der Trustbourgeoisie von der Regierung Müller fortgesetzt wurde.

Die Massensteuern sind nicht nur geblieben, sondern um weitere 160 Millionen erhöht; der Bau des Panzerkreuzers A wurde mit den Stimmen der sozialdemokratischen Minister beschlossen und als Zeichen des allgemeinen Zerfalls des parlamentarischen Regierungssystems kommt diesmal der Etat noch um zwei Monate später, als der vergangene.

Während Hilferding spricht, herrscht im Saal größte Unruhe. Kaum ein Viertel der Abgeordneten ist anwesend. Nur schwer vermag die monotonen Worte des Ministers zu verstehen. 1¼ Stunde spricht Hilferding und erntet nur ein einziges Mal Beifall, und zwar da, wo er auf die Notwendigkeit der Kapitalneubildung zu sprechen kommt, und dabei erklärt, daß die indirekte Besteuerung notwendiger als die Besteuerung des Besitzes sei. Der ehemalige Verfasser des „Finanzkapitals" stand auf der Rednertribüne als ein schamloser Agent des Trustkapitals.

Unter lauten Bravo-Rufen der Abgeordneten in den Reihen der Volkspartei verkündet dieser Hilferding, daß die Vermehrung des Kapitals im Gegeninteresse des Volkes, besonders aber im Interesse der Arbeiterschaft selbst liege.

Die weiteren Ausführungen wurden dann mit eisigem Schweigen aufgenommen. Das Bild, das Hilferding vom Staatshaushalt dieser Republik gab, konnte auch den verbohrtesten Republikaner und Sozialdemokraten nicht zur Freude gereichen. Ein Defizit von 600 bis 700 Millionen, das gedeckt werden soll durch Abzüge von den Länderübermeisungen, durch neue Massensteuern und nicht zuletzt durch Einsparungen der sozialen Ausgaben. Klipp und klar sagte Hilferding, daß man in der Regierung übereingekommen sei, in Zukunft keine Anträge mehr durchzuführen, die eine neue Belastung bringen. Weiter fordert er die Verringerung der Ausgaben und hinterläßt keinen Zweifel, daß diese Verringerung auf Kosten des Sozialetats gegen soll. So kommt Hilferding den Wünschen des Hansabundes nach, nur daß er die Klausel einfügt: „Ich bin nur für wirtschaftlich vernünftige Streichungen."

Die sozialdemokratische Presse sagt ihren Lesern bisher immer, daß der Etat Hilferdings darum so wenig Gutes für die Arbeiter bringe, weil er eben ein Ausdruck der Koalitionspolitik sei. Wer aber heute Hilferding sprechen hörte, wie er die Abstriche an den Massensteuern verteidigte, wie er sich für die Länderüberweisungen einsetzte, alles mit der Begründung, daß man der Kapitalsneubildung nichts in den Weg legen dürfe, der weiß, daß Hilferding der skrupelloseste Verfechter der Interessen des Trustkapitals ist, der weiß auch, daß die Sozialdemokratie in der Regierung eines kapitalistischen Staates immer die Interessen der herrschenden Klasse vertreten und verteidigen muß.

Hilferdings Rede klang aus in dem Ruf: „Mehr Sparsamkeit und mehr Verantwortungsgefühl!" Sind das nicht dieselben Töne, die wir vor einem Jahr aus dem Munde des Dr. Curtius gehört haben? Die Kapitalisten haben gut lachen. Hilferding hat ihnen mit seinem Etat bewiesen, daß er noch besser versteht, als seine Vorgänger, ihren Wünschen nachzukommen.

Wie bescheiden benahm sich auch der sozialdemokratische Debatteredner Dr. Hertz. Er begann seine Rede mit der Feststellung, daß in diesem Jahr der Reichswehretat (der 750 Millionen beträgt), um 30 Millionen gesenkt wurde. Mit dieser Bescheidenheit kann die SPD wirklich vor der Volkspartei bestehen. Diese „ersparten" 30 Millionen im Reichswehretat sind das einzige „Prunkstück" für die sozialdemokratischen Wähler in der Rede des Herrn Hertz. Der bescheidene Redner der 15½-„Mann"-Fraktion vergaß allerdings hinzuzufügen, daß er zu den Leiern des Bürgerblocks die Streichung des Wehretats um die Summe von 250 Millionen forderte. Er vergaß ferner hinzuzufügen, daß die jetzt „ersparten" 30 Millionen im Wehretat an anderer Stelle des Etats unter anderem Namen, aber auch für Kriegszwecke, wiederkehren. Die Sozialdemokratie hatte zu den Wahlen am 20. Mai ein ganzes Buket voller Versprechungen und auch noch die Regierungserklärung des Hermann Müller ließ manche Illusionen aufkommen. **Jetzt bekommen die Massen das Buket in Form von unheimlichen neuen Steuern. Herr Hertz gesteht selbst ein, daß die Steuererhöhungen, die sein Parteifreund Hilferding vorgeschlagen hat, zu zwei Drittel die breiten Massen betreffen.** Werden die sozialdemokratischen Arbeiter sich jetzt nicht die bescheidene Frage vorlegen, was ihnen ein sozialdemokratischer Reichskanzler, ein sozialdemokratischer Innenminister, ein sozialdemokratischer Finanzminister und ein sozialdemokratischer Arbeitsminister gebracht haben?

Der deutschnationale Redner Oberfohren begnügte sich mit allgemeinen Redensarten, aus denen ein klein wenig die Schadenfreude klang, weil Hilferding gar nicht das durchführen könne, was er den Massen versprochen habe. Der Kampf der Sozialdemokratie gegen den deutschnationalen Finanzminister von Schlieben sei also nur Demagogie gewesen.

Der Zentrumsminister Brüning erklärt, daß seine Fraktion zur sachlichen Mitarbeit bereit sei, auch wenn sie außerhalb der Regierung stehe. Nach einigen unbedeutenden Ausführungen des Nationalsozialisten Strasser und des Abgeordneten Sybel (Chr.-nat. Bauernpartei) wurde die Debatte für Donnerstag abgeschlossen.

In der heutigen Sitzung wird Genosse Heckert für die kommunistische Fraktion den Etat Hilferdings vom Standpunkt der Werktätigen aus untersuchen und den Weg zeigen, den die Arbeiterklasse gehen muß, zum Kampf gegen die Kriegs- und Hungerpolitik der Regierung des Trustkapitals. Die Massen im Lande aber müssen diesen Etat als einen Teil, und nicht den unwesentlichsten, der verschärften Offensive des Trustkapitals erkennen, deren Gefährlichkeit darin liegt, daß sie durch sozialdemokratische Regierungsbeteiligung getarnt ist. **Der Kampf gegen diesen Schandetat der Massenausplünderung muß mit dem Ziel des Sturzes der Koalitionsregierung und der Massenmobilisierung zur Brechung der Trustdiktatur geführt werden!**

Metallarbeiter Sachsens, lehnt den Schandschiedsspruch ab!

Wie wir bereits gestern mitteilten, endeten die Verhandlungen vor der Schlichtungskammer im sächsischen Metallarbeiterlohnkonflikt mit dem Abschluß eines Schiedsspruches, der die jetzt bestehenden Löhne weiter in Kraft läßt. Der genaue Wortlaut des Schiedsspruches ist:

„Die Ausgangsziffer der Lohntabelle von 81 Pf. und für Bautzen von 79 Pf. bleibt vom 1. April 1929 an für die Dauer des gegenwärtig bestehenden Manteltarifvertrages bis 30. September 1929 bestehalten. Von da an unterliegt die Lohnregelung den gleichen Kündigungsbedingungen wie der Mantelvertrag. Die Erklärungsfrist läuft bis Mittwoch den 20. März, mittags 12 Uhr."

Das SPD-Organ, die Dresdner Volkszeitung, erklärt zu dem Schiedsspruch lakonisch, daß er den Forderungen der Metallarbeiter nicht Rechnung trägt, und daß man im Organisationskörper noch dazu Stellung nehmen werde. Wie diese Stellungnahme aussieht, zeigte sich bereits bei Seidel u. Naumann, wo am 14. März eine Vertrauensmännersitzung des DMV sich mit dem Schiedsspruch befaßte. Teuber, der Sozialdemokrat und Landestarif- und Verhandlungsmitglied, gab dort den Bericht und erklärte, welch gewaltigen Kampf man allein um den Vorsitzenden der Schlichtungskammer hätte führen müssen. Sie hätten sich für Panofka eingesetzt. Die Arbeiterschaft weiß, daß dieser genau so wie jeder andere ihr Feind ist und nur im Interesse des Kapitals entscheidet. Viel wichtiger wäre darum gewesen, die Gewerkschaften hätten um die Forderungen der Arbeiter, um 15 Pf. Lohnerhöhung gekämpft. Zum Schiedsspruch selbst erklärte Teuber, daß eine Diskussion unnötig sei, da ja auch ein stundenlanges Reden an der Lage nichts mehr ändern würde. Die Unternehmer würden diesen Schiedsspruch annehmen und die Verbindlichkeitserklärung beantragen. Damit gibt also Teuber zu, daß die Gewerkschaftsbureaukratie gar keine Anstrengungen macht um die Ablehnung dieses schändlichen Abkommens. Wohl sagt die Dresdner Volkszeitung, daß die Mitgliedschaft gehört werden solle, aber diese Mitgliedschaft ist für die Föller und Teuber nur die Ortsverwaltung. Denn der Ausspruch Teubers, daß er bei der Berichterstattung schon weit über den Rahmen seiner Befugnisse als Verhandlungskommissionsmitglied hinausgegangen sei, bestätigt dies.

Mit einer solchen Stellungnahme darf sich die sächsische Metallarbeiterschaft nicht zufrieden geben. Sie müssen endlich begreifen, daß die Sozialdemokraten und die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie sich jedem Schiedsspruch unterordnen und dieses Schlichtungsgesetz über die Interessen der Arbeiter stellen. Sie müssen erkennen, daß sie ihre Geschicke selbst in die eigene Hand nehmen müssen.

Jetzt heißt es: Stellung zu nehmen in allen Betrieben und den Schandschiedsspruch einmütig ablehnen. Ueberall gilt es, die Vorbereitungen zur Aufnahme des Kampfes zu treffen, kein Betrieb darf vorhanden sein, der sich nicht eine Streikleitung gewählt hat. Metallarbeiter Sachsens, nehmt den Kampf auf um die berechtigte Forderung von 15 Pf. Lohnerhöhung!

Die Scharfmacher Sachsens tagen

Heute tritt in Dresden der Verband Sächs. Industrieller zu seiner Tagung zusammen. Die Scharfmacher Sachsens, die am brutalsten ihre Interessen vertreten, werden Stellung nehmen gegen die Sozialgesetzgebung und gegen die — ohnehin geringe — Besteuerung ihrer Klasse. Eine große Rolle wird ebenfalls die Frage des Abbaues der Löhne spielen. Gegen die immer frecher auftretenden Scharfmacher gilt es die Massen der Werktätigen zu mobilisieren und zum Gegenangriff unter Führung roter Betriebsräte zu führen. Denn noch immer gilt das Wort: Der Hieb ist die beste Parade!

Es kriselt wieder in der sächsischen Koalition

Im Rechtsausschuß des Sächsischen Landtages wurde bei der Beratung des Schuländerungsgesetzes ein Antrag der Demokraten auf allmähliche Einführung des 28-Stunden-Dienstes pro Woche für die Lehrer — ein Beschluß, der seit 1923 bereits angenommen ist! — gefaßt. Dieser Beschluß hat den Finanzminister veranlaßt, eine „geharnischte" Erklärung loszulassen. Er bestreitet die Möglichkeit der Deckung für die entstehenden Mehrausgaben und kündigt, falls der Beschluß aufrechterhalten werden sollte, seinen Rücktritt an. Solche Drohungen in Sachsen sind nicht so ernst zu nehmen! Denn die Koalitionsparteien wissen sehr gut, daß bei einer offenen Koalitionskrise eventuell die Frage der Neuwahlen eine wichtige Rolle spielen könnte. Und vor Neuwahlen haben die Koalitionsparteien, nicht zu unrecht, mächtig Angst. So meldet auch die „gut informierten" Dresdner Neuesten Nachrichten von gestern, „daß es voraussichtlich zu einer Einigung kommen wird". Die „Altbewährten" werden wieder schieben, bis der Laden wieder zusammengeleimt ist, und die Zeche bezahlen in diesem Falle die Lehrer, und nicht zuletzt geht der Schaden auf Kosten der Volksschüler.

Noske darf nicht Lump und Schuft genannt werden

Das kann die Bourgeoisie nicht dulden!

Berlin, 15. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand gestern der Prozeß gegen den Schriftsteller Ernst Friedrich statt, der wegen Beleidigung Noskes angeklagt war. Er hatte ihn einen Lump und Schuft genannt und wurde zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Der bürgerliche Klassenrichter trug ein Teil der Dankesschuld der Bourgeoisie an Noske ab, indem er die Ladung der Zeugen, die den Wahrheitsbeweis erbringen sollten, ablehnte. In seinem Plädoyer erklärte der Staatsanwalt, daß eine so grobe Beleidigung gegen einen Mann, der sich in schwerster Zeit um Volk und Vaterland große Verdienste erworben habe und noch heute an verantwortlicher Stelle dem Staate diene, schwer geahndet werden müsse und beantragte 4 Monate Gefängnis.

Aufruf gegen Kriegsgefahr — Hochverrat!

Berlin, 15. März. (Eig. Drahtbericht.)

Gegen den verantwortlichen Redakteur der Roten Fahne, Genossen Steinicke, ist die Voruntersuchung wegen eines Hochverratsverfahrens abgeschlossen worden. Der Hochverrat wird mit einem Aufruf des Zentralkomitees „Gegen einen neuen 4. August", der zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg und zum Krieg der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie aufruft, und in der Roten Fahne abgedruckt wurde, begründet.